

Rechts- und Ordnungsamt

Sitzungsdrucksache Nr. 348/2006
-öffentliche Sitzung-**B e r i c h t****TOP: Ordnungspartnerschaft "Randgruppen im Innenstadtbereich"****Vorgesehene Beratungsfolge:**

Hauptausschuss

Termine:

23.01.2006

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bericht:

Ordnungspartnerschaft „Randgruppen im Innenstadtbereich“

1. Ausgangslage
2. Erfahrungsbericht
3. Ausblick

1. Ausgangslage

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt Lüdenscheid hat in seiner Sitzung am 29.08.2005 der Bildung einer Ordnungspartnerschaft „Randgruppen in der Innenstadt“ zugestimmt. Ziel der Ordnungspartnerschaft ist es, den Beeinträchtigungen des subjektiven Sicherheitsempfindens im Innenstadtbereich, die mit dem Vorhandensein bestimmter Personengruppen in Zusammenhang stehen, auf den Grund zu gehen und gemeinsam geeignete Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen.

Als charakteristische Aufenthaltsbereiche von Personengruppen, deren Auftreten und Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern zeitweise als bedrohlich und Angst einflößend empfunden wird, gelten vorwiegend die Bereiche Rosengarten, Wilhelmstraße, Brighthousepark, Sternplatz, Rathausplatz und das Kindergässchen. Die Empfindungen aus der Bürgerschaft wurden in der Vergangenheit häufiger dem Rechts- und Ordnungsamt und der Polizei vermittelt und mündeten in Einsätzen von Stadtstreife und Polizei vor Ort. Obwohl das Verhalten objektiv in vielen Fällen keine Ordnungswidrigkeit oder Straftat darstellte, bleibt eine offensichtlich vorhandene Beeinträchtigung des subjektiven Sicherheitsempfindens bestehen, so dass ein Handlungsbedarf für eine noch intensivere Auseinandersetzung mit der Problematik gesehen wurde.

Ein Hauptanliegen der Arbeit der Ordnungspartnerschaft besteht darin, präventive und repressive Maßnahmen in abgestimmter Vorgehensweise anzuwenden und damit sowohl an den Ursachen und Hintergründen anzusetzen, als auch die negativen Symptome in den Griff zu bekommen.

Ständige Mitglieder der Ordnungspartnerschaft sind neben dem Rechts- und Ordnungsamt das Jugendamt, die Polizei, der Caritasverband, das Amalie-Sieveking-Haus, der Obdachlosenfreundeskreis und das Haus St. Josef. Künftig soll auch die Drogenberatung DROBS e. V. ihr Fachwissen und ihre Erfahrungen einbringen.

2. Erfahrungsbericht

In der konstituierenden Sitzung der Ordnungspartnerschaft am 28.09.2005 wurde nochmals herausgestellt, dass es sich hier nicht um ein rein ordnungspolitisches, sondern insbesondere ein sozialpolitisches Problemfeld handelt.

Zu unterscheiden gilt es bei den verschiedenen Personengruppen zwischen vorrangig durch Alkoholkonsum und den damit verbundenen Folgeerscheinungen auffälligen Personen, solchen Gruppen, die durch aggressives und provozierendes Auftreten Aufmerksamkeit erreichen wollen und denjenigen, die es ganz bewusst auf die Verübung von Straftaten, wie beispielsweise Diebstahlsdelikte, abgesehen haben. Eine homogene Drogenszene mit auffälligen Brennpunkten wird derzeit aus den Erkenntnissen von Polizei und Caritas eher verneint und gehört zumindest aktuell nicht zu den Hauptproblemfeldern im öffentlichen Bereich.

Um ein Lagebild erstellen zu können, haben Polizei und Stadtstreife in der Zeit von September bis November mit verstärktem Personalaufwand die Einsatzfrequenz in der Innenstadt nochmals deutlich erhöht. In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 30.11.2005 fand dazu ein erster Erfahrungsaustausch statt:

Im Rahmen der konzentrierten Maßnahmen wurden im September von Polizei und Stadtstreife insgesamt 74 Platzverweise erteilt, im Oktober 112 und im November noch weitere 13. Die Maßnahmen richteten sich vorwiegend gegen Alkoholkonsumenten, bei denen ordnungswidriges Verhalten festzustellen oder die konkrete Gefahr einer Ordnungswidrigkeit oder Straftat gegeben war. Während des Berichtszeitraums war darüber hinaus bei den durch die Polizei ausgewerteten Deliktsfeldern beispielsweise im Bereich Wilhelmstraße ein Rückgang an Fällen von Körperverletzungen von 6 Fällen im September auf 3 Fälle im Oktober, im Bereich Sternplatz von 5 Fällen im September auf 2 Fälle im Oktober zu verzeichnen.

Durch die starke Präsenz von Ordnungskräften scheint der erwartete Verdrängungsprozess eingesetzt zu haben. Die betreffenden Personen bzw. Gruppen wurden gezwungen, ihre gewöhnlichen Aufenthaltsorte aufzugeben und mussten immer damit rechnen, bei Störungen angesprochen und ggf. ordnungs- bzw. strafrechtlich belangt zu werden. Die Gruppen sind kleiner geworden, ständig in Bewegung und treten dadurch nicht mehr so häufig an bestimmten Schwerpunkten negativ in Erscheinung.

Für die Beantwortung der Frage, ob sich in diesen Zahlen ein Erziehungseffekt niederschlägt oder die Personen einfach wieder auf alte Orte ausweichen, ist es noch zu früh. Ein konkreter Verlagerungseffekt auf andere Örtlichkeiten ist im Berichtszeitraum noch nicht auffällig geworden.

Seitens der Caritas konnte festgestellt werden, dass die Beratungsstelle stärker aufgesucht wird und sich einige Personen auch wieder in die eigenen Wohnungen zurückziehen.

Während der Überwachungsphase ist die Szene auffälliger Jugendlicher, Russlanddeutscher und sog. Gabber nicht präsent gewesen, Maßnahmen gegen diese Personenkreise mussten nicht ergriffen werden. Aus dem Kreis der sozialen Einrichtungen wurde berichtet, dass bereits einige Personen aufgrund des Kontrolldrucks die Stadt verlassen hätten. Andere hätten sich aus dem öffentlichen Bereich zurückgezogen.

Die jetzt vorliegenden Zahlen und Erkenntnisse sind allerdings auch unter Witterungsgesichtspunkten zu betrachten.

Festzustellen ist, dass der Kontrolldruck offensichtlich den Effekt hat, zumindest einige Personen in die sozialen Einrichtungen zu drängen und dort auch eine Thematisierung der Problematik zu ermöglichen.

3. Ausblick

Es ist davon auszugehen, dass es im Frühjahr zunächst wieder zu einer Belebung der Szene kommen wird. Polizei und Stadtstreife richten sich darauf ein, dann im Rahmen der personellen Möglichkeiten eine weitere Schwerpunktaktion im Innenstadtbereich durchzuführen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe werden sich dazu rechtzeitig erneut treffen, um noch detaillierter Informationswege, Zuständigkeiten sowie Hilfs- und Beratungsangebote festzulegen und auszutauschen.

Lüdenscheid, den .01.2006

In Vertretung:

Theissen
Beigeordneter